

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1917)
Heft: 11

Rubrik: Pazifistische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gesellschaft zu einer führenden Rolle in der Vorarbeit für den künftigen Frieden berufen gewesen wäre. Die Schweiz muss auch in der Zukunft das Zentrum der Bewegung bleiben. Das Ziel ist die Verwirklichung einer Staaten-Gesellschaft, zu dem die Schweiz ein lebendiges Vorbild darstellt. Wir sind es unseren Nachkommen schuldig, dass sie nicht wieder ein Schauspiel erleben, wie wir es heute so schrecklich mitansehen müssen. Er zitiert zum Schluss einen Vers Victor Hugos, der ausspricht, dass der Schweiz das letzte Wort im Rate der Völker gehöre.

Der Präsident dankt dem Redner für seine sympathischen Ausführungen und präzisiert unsere Aufgabe so, dass wir uns einerseits dem Studium der pazifistischen Aufgaben hingeben und andererseits die gewonnenen Resultate hinaustragen in das Volk. Dahin zielen ja auch die Anträge der Sektionen Basel-Land und Genf sowie der Antrag Golay.

Hierauf entwickelte sich eine sehr lebhaft Diskusion, an der sich eine bedeutende Anzahl von Delegierten beteiligten. Es wurden die verschiedensten Standpunkte vertreten und mit Geschick verfochten. Die Verhandlungen dieses Vorabends liessen auf einen lebendigen Verlauf der bevorstehenden Delegiertenversammlung schliessen. Erst gegen Mitternacht löste sich allmählich die Versammlung in kleinere Gruppen auf, bis auch diese, den Gesetzen der Natur folgend, sich trennten und männiglich die nächtliche Ruhe aufsuchte.

Schweizerische Friedensgesellschaft.

Zentralkasse. Die Herren Kassiere der Sektionen der Schweizerischen Friedensgesellschaft sowie die andern geehrten Gesellschaften und Verbindungen, die unsere Bestrebungen finanziell unterstützen, werden hiermit freundlichst ersucht, ihre Beiträge pro 1917 direkt an den unterzeichneten Zentralkassier übermitteln zu wollen.

Hs. Buchli, «Rosenberg», Herisau.

Pazifistische Rundschau.

Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und dem Deutschen Reiche hat der Bundesrat auf den Wunsch der ersteren Regierung mit der Wahrung der Interessen der Angehörigen der Republik Uruguay in Deutschland die schweizerische Gesandtschaft in Berlin betraut.

Im Haag wurde ein Verein gegründet für die Errichtung einer Gartenstadt bei Antwerpen als Heim für Witwen und Waisen gefallener belgischer Soldaten.

Eine von der Friedensarmee veranstaltete Versammlung im Volkshaus in Zürich beschloss, die Initiative zu ergreifen für das Begehren einer Friedensaktion seitens der schweizerischen Regierung.

Eine Versammlung der Schweizer. Friedensgesellschaft in Olten ersuchte in einer Resolution den Bundesrat, ohne Verzug eine ausserparlamentarische Kommission von hervorragenden Staatsmännern, Juristen und Volkswirtschaftern mit der Aufgabe zu betrauen, die Bedingungen zu studieren, unter denen die Schweiz einem zukünftigen Völkerbund beitreten könnte; wenn immer möglich in der nächsten parlamentarischen Session eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der

die Stellungnahme der Schweiz zu dieser Frage festgelegt wird und dadurch ähnlichen Erklärungen der anderen neutralen Länder den Weg zu bahnen, so dass die Kriegführenden erkennen, wie weit sie auf die Beteiligung der neutralen Völker rechnen können; im geeigneten Zeitpunkte einen internationalen Kongress einzuberufen mit der Aufgabe, die grundlegenden Programmpunkte eines künftigen Völkerbundes festzulegen.

In Stockholm wurde eine schwedisch-litauische Vereinigung gegründet für die Annäherung zwischen den litauischen, finnischen und skandinavischen Völkern einschliesslich Letten und Esten.

Der Erzbischof von Schweden und die Bischöfe von Christiania und Kopenhagen luden die Vertreter der grossen kirchlichen Gemeinden der kriegführenden Länder zu einer internationalen Konferenz in Upsala ein in Verbindung mit einer Versammlung, die von Vertretern der neutralen Länder des kirchlichen Weltvereins für internationale Freundschaft dort am 14. Dezember abgehalten werden soll.

Ein sozialistischer Kongress Argentinien sprach sich gegen die Kriegsbeteiligung aus und beschloss eifrige Propaganda gegen die Einführung der obligatorischen Wehrpflicht.

Das neue schwedische Ministerium verzeichnet als seine erste Aufgabe, eine unverbrüchliche, nach allen Seiten streng unparteiliche Neutralitätspolitik und damit übereinstimmende Handelspolitik aufrechtzuerhalten; das besondere Zusammenwirken der drei skandinavischen Reiche möglichst zu entwickeln; den Bestrebungen, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, sowie eine internationale Rechtsordnung, die geeignet sein kann, den Frieden zu sichern und eine Milderung der Rüstungslasten zu ermöglichen, schliesse es sich an.

Ein Kongress der österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie in Wien erklärte in einer Resolution:

„Der Parteitag erkennt als oberste und dringendste Aufgabe des sozialistischen Proletariates, alle seine Kraft in den Dienst der Herbeiführung des Friedens zu stellen. Das Proletariat lehnt jede Vergewaltigung eines Volkes als Verbrechen nicht nur an dem Volke, das ein Opfer der Gewalt würde, sondern auch an dem Volke, dessen Regierung Gewalt zu üben unternehmen würde, ab. Die Beendigung des Krieges durch Gewalt ist aber auch unmöglich. Der Weg der Verständigung ist damit unvermeidlich und notwendig geworden. Als mächtigster Helfer zum Frieden begrüsst der Parteitag die russische Revolution. Die Sache der russischen Revolution und die Sache des Völkerfriedens sind untrennbar miteinander verknüpft. An die Regierungen ist die dringende Forderung zu stellen, zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten, indem sie offen und in klaren Worten verkünden, dass sie bereit sind und ihre Verbündeten dafür gewinnen, solche Verhandlungen zu beginnen, unter der Voraussetzung, keine Annexionen und keine Kriegsentschädigung anzustreben und insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wieder herzustellen, ohne diese Staaten oder das unabhängige Polen irgendwie in wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten zu wollen, und dass sie schliesslich bereit sind, bestimmte Vorschläge zu machen und entgegenzunehmen bezüglich der internationalen Abrüstung und des internationalen Schiedsgerichtes.“

Auf dem deutschen sozialdemokratischen Parteitag zu Würzburg wurde ein Antrag mit 118 Stimmen eingebracht für die Wiederherstellung Belgiens.

Ein Bauernrat in Russland hat folgendes Programm aufgestellt:

„Friede ohne Annexionen und Entschädigungen mit dem Rechte der Völker, ihr politisches Regime selber zu bestimmen.“

